

werbspersonen mit höheren Bildungsqualifikationen, die längerfristig zunächst keine ihrer Ausbildung entsprechende Beschäftigung fanden, traten auf niedrigerer Ebene in Konkurrenz mit Erwerbspersonen, die über eine geringere Qualifikation verfügten. Bevorzugt wurden dabei meist die Personen mit der besseren Ausbildung. Die Folge war, daß Personen mit geringerem Ausbildungsabschluß unter den Arbeitslosen überpräsentiert sind.

Langfristig bedeutet dieser Vorgang, daß Personen mit einer weniger guten Ausbildung eher damit rechnen müssen, bei konjunktureller oder struktureller Arbeitslosigkeit freigesetzt zu werden. Eine solche Freisetzung würde die effektive Lebensarbeitszeit verkürzen und damit das Einkommensgefälle vergrößern.

Auch Ausbildungsförderung erhöht Einkommensgefälle

Die bisherigen Überlegungen gingen davon aus, daß die einzelnen Personen in der Zeit ihrer Ausbildung kein Einkommen erzielen. Nun erhalten aber gegenwärtig Auszubildende in bestimmten Phasen ihrer Ausbildung unter gewissen Voraussetzungen finanzielle Zuwendungen, die Personen, die nicht in Ausbildung sind, nicht erhalten. So betrachtet verstärkt die Ausbildungsförderung das Einkommensgefälle zugunsten der besser Ausgebildeten noch über den errechneten Umfang hinaus.

Eine Förderung ohne Einfluß auf das Einkommensgefälle

wäre zwar denkbar. Es müßte nur jeder Jugendliche bis zu einem gewissen Lebensalter eine Zuwendung erhalten, ohne Rücksicht darauf, ob er sich ausbildet oder nicht. Eine solche Förderung würde aber elementaren Zielen der derzeitigen Ausbildungsförderung widersprechen.

Schlußfolgerungen

Die vorliegende Untersuchung dokumentiert, daß sich gegenwärtig für den Einzelnen eine bessere bzw. längerdauernde Ausbildung finanziell lohnt. Personen mit höherer Bildungsqualifikation erzielen im Durchschnitt ein höheres Monatseinkommen und trotz ihrer längeren Ausbildungsdauer auch ein höheres Lebenseinkommen. Es besteht somit für den Einzelnen ein starker finanzieller Anreiz, besser qualifizierende Bildungswege einzuschlagen. Diese finanzielle Motivation wird noch verstärkt durch die derzeit sichtbaren Gefahren einer möglichen Arbeitslosigkeit, die Personen mit geringerer Ausbildung wesentlich stärker trifft als höher qualifizierte Erwerbspersonen. Auch die staatliche Förderung der Auszubildenden erhöht den finanziellen Anreiz für bessere Ausbildung. Berücksichtigt man noch weitere, finanziell nicht meßbare Vorteile einer besseren Ausbildung, wie zum Beispiel höheres soziales Ansehen, oder größere Erfüllung im Beruf, so ist kaum zu erwarten, daß die nachwachsende Generation von sich aus in nennenswertem Umfang auf eine bessere Ausbildung verzichtet und die Ausbildungskapazitäten von daher eine Entlastung erfahren.

Dr. Hans Loreth

Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Wegen der unverändert großen Bedeutung aller Fragen, die mit dem Arbeitsmarkt zusammenhängen, wird in der folgenden Untersuchung erneut¹ der Themenbereich der Entwicklung der Erwerbstätigkeit analysiert. Dabei zeigt sich, daß der Verlauf des Abschwungs, der Mitte 1974 einsetzte, in drei Phasen unterteilt werden kann. Die erste Phase, gekennzeichnet durch starke Personalfreisetzungen, dauerte bis September 1975. Darauf folgte eine Umorientierungsphase, die bis September 1976 dauerte und die dadurch gekennzeichnet war, daß ausländische durch deutsche Arbeitnehmer ersetzt wurden. Seit September 1976 stagniert die Entwicklung der Beschäftigung. Parallel dazu zeichnet sich am Arbeitsmarkt eine Umschichtung des Bestandes an Arbeitslosen ab. Die Analyse konnte sich dabei erstmals auf Daten der neuen Beschäftigtenstatistik² stützen, die ein umfassendes Bild über Bestand und Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer liefert.

Stürmischer Personalabbau bis Herbst 1975

Die erste Phase eines sich von Quartal zu Quartal verstärkenden Personalabbaus setzte in der Jahresmitte 1974 ein. Sie erstreckte sich, lediglich im Herbst unterbrochen durch saisonbedingte Einflüsse, bis zum September 1975 und führte zu

¹ Zur Beschäftigungsentwicklung vgl. auch E. Frank, Normalisierung der Konjunktur führt zur Stabilisierung des Beschäftigtenstandes, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 11/1976, sowie D. Meyer-Haizt, H. Loreth, H.-J. Richter, R. Kretschmer, Zur Situation von Beschäftigung und Arbeitsmarkt, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 1/1976.

² Zur Beschäftigtenstatistik vgl. auch E. Frank, Die Beschäftigtenstatistik – ein wichtiges Instrument zur Arbeitsmarktbeobachtung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10/1974.

einer Freisetzung von insgesamt 130 949 versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern. Der Abbau, jeweils gemessen am Bestand zu Ende des entsprechenden Vorjahresquartals, betrug Ende Juni 1975 143 452 Arbeitnehmer, Ende September 150 843. In dieser Zeit wurde jedoch die Personalreduktion keineswegs in besonderem Ausmaß zu Lasten des Bestandes an weiblichen Beschäftigten vollzogen. Männer und Frauen waren in der ersten Phase des Abschwungs vielmehr durchaus entsprechend ihrem Anteil an allen Arbeitnehmern betroffen. Erst die Unterscheidung nach der Nationalität bringt eine Differenzierung. Während der Anteil der Ausländer an den Arbeitnehmern, soweit diese der Sozialversicherungspflicht unterliegen, zu Beginn des Abschwungs noch 17% betrug, waren 65% der eingesparten Arbeitsplätze von Ausländern besetzt. Entsprechend ging die Ausländerbeschäftigung zurück: Etwa jeder siebte ausländische Arbeitnehmer verlor seine Stelle, der Anteil der Ausländer an allen Arbeitnehmern sank um 2% auf 15% ab.

Rezession im Produzierenden Gewerbe besonders stark

Vom rezessiven Einbruch war vor allem das Produzierende Gewerbe, das über 60% aller Arbeitsplätze für versicherungspflichtige Arbeitnehmer zur Verfügung stellt, erfaßt. Über neun von zehn Arbeitsplätzen, die in der ersten Abschwungsphase verloren gingen, entfielen auf diesen Wirtschaftsbereich. Der Rückgang war in allen Abteilungen des Produzierenden Gewerbes festzustellen. Am stärksten war der Personalabbau im Baugewerbe (– 9,8%); hier besonders im Bauhauptgewerbe

Tabelle 1

Entwicklung der versicherungspflichtig-beschäftigten Arbeitnehmer vom 30. 6. 1974 bis 31. 12. 1976

Stichtag	Geschlecht	Beschäftigte Arbeitnehmer	darunter Ausländer	Veränderung gegenüber dem									
				Vorquartal				Vorjahresquartal					
				absolut		in %		absolut		in %			
				insgesamt	darunter Ausländer	insgesamt	darunter Ausländer	insgesamt	darunter Ausländer	insgesamt	darunter Ausländer		
30. 6. 1974	männlich	2065 955	387 758
	weiblich	1 328 979	189 392
	zusammen	3 394 934	577 150
30. 9. 1974	männlich	2076 121	377 557	+ 10 166	- 10 201	+0,5	-2,6
	weiblich	1 338 707	184 543	+ 9 728	- 4 849	+0,7	-2,6
	zusammen	3 414 828	562 100	+ 19 894	- 15 050	+0,6	-2,6
31. 12. 1974	männlich	2027 070	351 679	- 49 051	- 25 878	-2,4	-6,9
	weiblich	1 315 926	176 829	- 22 781	- 7 714	-1,7	-4,2
	zusammen	3 342 996	528 508	- 71 832	- 33 592	-2,1	-6,0
31. 3. 1975	männlich	1 986 615	338 745	- 40 455	- 12 934	-2,0	-3,7
	weiblich	1 294 160	172 043	- 21 766	- 4 786	-1,7	-2,7
	zusammen	3 280 775	510 788	- 62 221	- 17 720	-1,9	-3,4
30. 6. 1975	männlich	1 974 825	334 885	- 11 790	- 3 860	-0,6	-1,1	- 91 130	- 52 873	-4,4	-13,6	.	.
	weiblich	1 276 657	167 896	- 17 503	- 4 147	-1,4	-2,4	- 52 322	- 21 496	-3,9	-11,4	.	.
	zusammen	3 251 482	502 781	+ 29 293	- 8 007	-0,9	-1,6	- 143 452	- 74 369	-4,2	-12,9	.	.
30. 9. 1975	männlich	1 984 342	328 912	+ 9 517	- 5 973	+0,5	-1,8	- 91 779	- 48 645	-4,4	-12,9	.	.
	weiblich	1 279 643	162 936	+ 2 986	- 4 960	+0,2	-3,0	- 59 064	- 21 607	-4,4	-11,7	.	.
	zusammen	3 263 985	491 848	+ 12 503	- 10 933	+0,4	-2,2	- 150 843	- 70 252	-4,4	-12,5	.	.
31. 12. 1975	männlich	1 937 051	307 745	- 47 291	- 21 167	-2,4	-6,4	- 90 019	- 43 934	-4,4	-12,5	.	.
	weiblich	1 259 864	153 178	- 19 779	- 9 758	-1,5	-6,0	- 56 062	- 23 651	-4,3	-13,4	.	.
	zusammen	3 196 915	460 923	- 67 070	- 30 925	-2,1	-6,3	- 146 081	- 67 585	-4,4	-12,8	.	.
31. 3. 1976	männlich	1 939 122	310 581	+ 2 071	+ 2 836	+0,1	+0,9	- 47 493	- 28 164	-2,4	- 8,3	.	.
	weiblich	1 261 931	154 856	+ 2 067	+ 1 678	+0,2	+1,1	- 32 229	- 17 187	-2,5	-10,0	.	.
	zusammen	3 201 053	465 437	+ 4 138	+ 4 514	+0,1	+1,0	- 79 722	- 45 351	-2,4	- 8,9	.	.
30. 6. 1976	männlich	1 936 195	308 555	- 2 927	- 2 026	-0,2	-0,7	- 38 630	- 26 330	-2,0	- 7,9	.	.
	weiblich	1 263 253	153 270	+ 1 322	- 1 586	+0,1	-1,0	- 13 404	- 14 626	-1,0	- 8,7	.	.
	zusammen	3 199 448	461 825	- 1 605	- 3 612	-0,1	-0,8	- 52 034	- 40 956	-1,6	- 8,1	.	.
30. 9. 1976	männlich	1 969 223	308 283	+ 33 028	- 272	+1,7	-0,1	- 15 119	- 20 629	-0,8	- 6,3	.	.
	weiblich	1 280 796	151 839	+ 17 543	- 1 431	+1,4	-0,9	+ 1 153	- 11 097	+0,1	- 6,8	.	.
	zusammen	3 250 019	460 122	+ 50 571	- 1 703	+1,6	-0,4	- 13 966	- 31 726	-0,4	- 6,5	.	.
31. 12. 1976	männlich	1 944 763	301 736	- 24 460	- 6 547	-1,2	-2,1	+ 7 712	- 6 009	+0,4	- 2,0	.	.
	weiblich	1 265 569	148 947	- 15 227	- 2 892	-1,2	-1,9	+ 5 705	- 4 231	+0,5	- 2,8	.	.
	zusammen	3 210 332	450 683	- 39 687	- 9 439	-1,2	-2,1	+ 13 417	- 10 240	+0,4	- 2,2	.	.

(-11,6%), aber auch im Ausbau- und Bauhilfsgewerbe (-2,2%).

Im Verarbeitenden Gewerbe, dem Kernbereich des Sektors Produzierendes Gewerbe, verloren 118 928 Arbeitnehmer (6,6%) ihre Arbeitsplätze. Alle Branchen des Verarbeitenden Gewerbes hatten Einbußen hinzunehmen. Sie waren bei der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (-12,2%), der Herstellung von EBM-Waren (-10,2%), in der Elektrotechnik (-9,6%), in der Kunststoffverarbeitung (-9,4%), der Stahlverformung und Oberflächenveredelung (-7,5%), dem Maschinenbau (-6,7%) sowie der Herstellung und Reparatur von Datenverarbeitungsanlagen und Büromaschinen (-6,9%) überdurchschnittlich stark, was zum Teil im hohen Verflechtungsgrad dieser Industriegruppen mit der baden-württembergischen Wirtschaft bzw. in der starken gegenseitigen Vorleistungsverflechtung eine Erklärung findet.³

Unter dem Durchschnitt lagen die Freisetzungen in den Branchen Druckerei und Vervielfältigung (-6,6%), Herstellung von Zahnrädern und Getrieben (-5,6%), Bekleidungsindustrie (-6,4%), Papierherstellung und Papierverarbeitung (-6,2%), Herstellung und Reparatur von Möbeln (-5,7%), Chemische Industrie (-3,1%), Feinmechanik und Optik (-2,8%), Herstellung von Kraftwagen, Kraftfahrzeugen und Karosserien (-2,2%), Reparatur von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern (-0,9%) sowie bei der Herstellung von Nahrungsmitteln (0,0%). Neben dem Produzierenden Gewerbe büßte auch der Handel und Verkehr 13 841 Arbeitsplätze ein (-2,7%). Auch hier ist in allen Wirtschaftsunterabteilungen eine Abnahme des Beschäftigtenstandes zu verzeichnen. Eine Zunahme des Bestandes an versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern erzielten demgegenüber die anderen Teilbereiche des Dienstleistungssektors. Sie war vor allem getragen durch eine Verstärkung des Personals in Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe des Gesundheits- und Veterinärwesens (+7,9%) und bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter

³ Vgl. R. Hirsch, H.-H. Steiger, Materialverflechtung der Industrie und des Bauhauptgewerbes, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1976.

(+6,6%). Demgegenüber stockten die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung ihren Bestand an versicherungspflichtigen Arbeitnehmern lediglich um 2,6% auf.

Erhebliche Abwanderung ausländischer Erwerbspersonen

Da sich die Beschäftigtenverminderung überwiegend im Produzierenden Gewerbe vollzog, überrascht es nicht, daß Arbeitsplätze von Arbeitern und hier besonders wiederum von ausländischen Arbeitern stärker betroffen waren als diejenigen der Angestellten. So waren von den 130 949 Personen, die in der ersten Abschwungsphase ihren Arbeitsplatz einbüßten, 114 119 Arbeiter, aber nur 16 830 Angestellte. Dabei fällt auf, daß im Angestelltenbereich relativ mehr Frauen als Männer den Arbeitsplatz einbüßten, während bei den Arbeitern mehr Männer als Frauen betroffen waren. Offenbar kommt in dieser Entwicklung zum Ausdruck, daß die weniger produktiven Arbeitsplätze, die den Rationalisierungs- und Kostensenkungsmaßnahmen zu allererst zum Opfer fielen, im Angestelltenbereich häufiger von Frauen, im Arbeiterbereich dagegen häufiger von Männern und darunter mehr Ausländern besetzt waren.⁴

Die Freisetzung von 130 949 Arbeitnehmern in der ersten Rezessionsphase fand ihren Niederschlag sowohl am Markt für arbeitsuchende Kräfte als auch in einer Veränderung des Wanderungsverhaltens der Erwerbspersonen. So blieb die Zunahme der Arbeitslosigkeit (+91 878) bei weitem hinter der aufgrund der Freisetzungen zu erwartenden Größenordnung zurück. Hierzu hat besonders die sehr starke Abwanderung ausländischer Erwerbspersonen (82 755) beigetragen, so daß in dieser Phase der Rezession zu Recht von einem *Export* der Arbeitslosigkeit in die Herkunftsländer gesprochen werden kann.

⁴ Zur Auswirkung der Ausländerbeschäftigung auf die Arbeitsproduktivität vgl. auch S. Bullinger, P. Huber, H. Köhler, A. E. Ott, A. Wagner, Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in Baden-Württemberg, Tübingen 1972, besonders S. 378.

Tabelle 2
Wanderungsbilanz ausländischer Erwerbspersonen

Jahr/Monat	Zuwanderung	Abwanderung	Wanderungs-saldo
1975 Januar	4 042	6 916	- 2 874
Februar	4 116	6 788	- 2 672
März	4 776	7 724	- 2 948
April	3 455	8 280	- 4 825
Mai	2 713	7 233	- 4 520
Juni	3 180	8 630	- 5 450
Juli	2 816	9 527	- 6 711
August	3 126	8 430	- 5 304
September	4 075	9 109	- 5 034
Oktober	3 383	7 803	- 4 420
November	2 454	7 734	- 5 280
Dezember	2 527	8 598	- 6 071
Insgesamt	40 663	96 772	- 56 109
1976 Januar	3 078	5 138	- 2 060
Februar	3 410	5 298	- 1 888
März	4 375	6 627	- 2 252
April	3 288	6 099	- 2 811
Mai	2 906	5 407	- 2 501
Juni	3 275	6 312	- 3 037
Juli	3 013	6 629	- 3 616
August	4 837	6 470	- 1 633
September	4 975	6 364	- 1 389
Oktober	3 918	5 646	- 1 728
November	3 224	6 083	- 2 859
Dezember	2 832	6 447	- 3 615
Insgesamt	43 086	72 450	- 29 364
1977 Januar	4 106	3 776	+ 330
Februar	4 152	3 912	+ 240
März	5 012	5 115	- 103
April	3 743	4 845	- 1 102
Mai	3 365	4 464	- 899
Juni	3 807	5 761	- 1 954

Als Maß für den wanderungsbedingten Entlastungseffekt am Arbeitsmarkt kann der prozentuale Anteil des Zugangs an Arbeitslosen an der Bestandsveränderung bei den Beschäftigten desselben Zeitraumes herangezogen werden. Als Folge des Abwanderungsüberschusses erreichte dieser Koeffizient bei den Ausländern lediglich 26%. Trotz des spürbaren wanderungsbedingten Entlastungseffekts erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen von 37 300 (Juni 1974) auf 129 178 (September 1975) und erreichte damit ein in den sechziger und dem bisherigen Verlauf der siebziger Jahre nicht gekanntes Ausmaß. Auch die Zahl der Kurzarbeiter erreichte im Verlauf der Referenzperiode mit 244 516 im Mai 1975 ihre Spitze, während die Zahl der angebotenen offenen Stellen, die seit 1968 fast immer über 100 000 lag, auf 37 990 (September 1975) zurückfiel.

Umorientierungsphase zwischen Herbst 1975 und Spätjahr 1976

Während die erste Rezessionsphase, die bis zum Herbst 1975 andauerte, durch einen stürmischen Personalabbau gekennzeichnet war, der Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer, Arbeiter und Angestellte sowie fast alle Wirtschaftsbereiche erfaßt hatte, setzte ab Herbst 1975 eine sich zunächst vorsichtig entfaltende Umorientierungsphase ein. Sie dauerte etwa bis zum Herbst 1976. In dieser Zeit verringerte sich zwar die Zahl der Arbeitsplätze noch weiter, aber der Umfang des Personalabbaus ging immer mehr zurück. Während er, jeweils gemessen an den Beständen zu Ende der entsprechenden Vorjahresquartale, noch im vierten Quartal 1975 146 081, im ersten Quartal 1976 79 722 und im zweiten 52 034 betrug, wurden im dritten Quartal 1976 nur noch 13 966 Arbeitsplätze eingespart. Der Gesamtbestand an Arbeitnehmern, soweit sie versicherungspflichtig beschäftigt waren, verringerte sich dadurch in der zweiten Abschwungphase um weitere 13 966 Beschäftigte (0,4%) und erreichte im Herbst 1975 3 263 985.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergab sich ein differenziertes Bild. So war im Produzierenden Gewerbe der Abschwung (1,6%) in der zweiten Phase weniger stark ausgeprägt als in der ersten (7,3%). Einzelne Branchen wie die Kunststoffverarbeitung (+ 6,0%), die Stahlverformung und Oberflächen-

veredlung (+ 2,6%), die Reparatur von Kraftfahrzeugen (+ 2,1%), die Herstellung von EBM-Waren (+ 1,9%), die Herstellung von Zahnrädern und Getrieben (+ 1,2%) sowie die Feinmechanik und Optik und der Fahrzeugbau (+ 1,0%) konnten bereits wieder Arbeitskräfte aufnehmen. In anderen Branchen, zu denen die Chemische Industrie, die Papiererzeugung- und -verarbeitung sowie die Druckereien und die Nahrungsmittelherstellung gehören, war der Abschwung nahezu zum Stillstand gekommen. Bei der Herstellung und Reparatur von Datenverarbeitungsanlagen und Büromaschinen (- 5,2%), im Maschinenbau (- 5,1%), dem Bekleidungs-gewerbe (- 4,8%) und im Baugewerbe (- 2,7%) dauerte der Abschwung noch an, allerdings im Vergleich zur ersten Rezessionsphase in verringertem Ausmaß.

Ebenso wie im Produzierenden Gewerbe war auch im Dienstleistungssektor die Entwicklung uneinheitlich. Während im Handel wieder zusätzliches Personal eingestellt wurde, wurden die Freisetzungen im Verkehr- und in der Nachrichtenübermittlung sowie beim Kredit- und Versicherungsgewerbe noch fortgesetzt. Aufgrund der schlechten Finanzsituation der öffentlichen Haushalte verringerte sich auch der Bestand an versicherungspflichtigen Arbeitnehmern bei den Gebietskörperschaften (1,1%). Während bei der Sonstigen Dienstleistung, zu dem die Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung zusammengefaßt sind, im ersten Abschnitt der Rezession überall noch Personalvermehrungen festzustellen waren, wurden diese lediglich bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter fortgeführt.

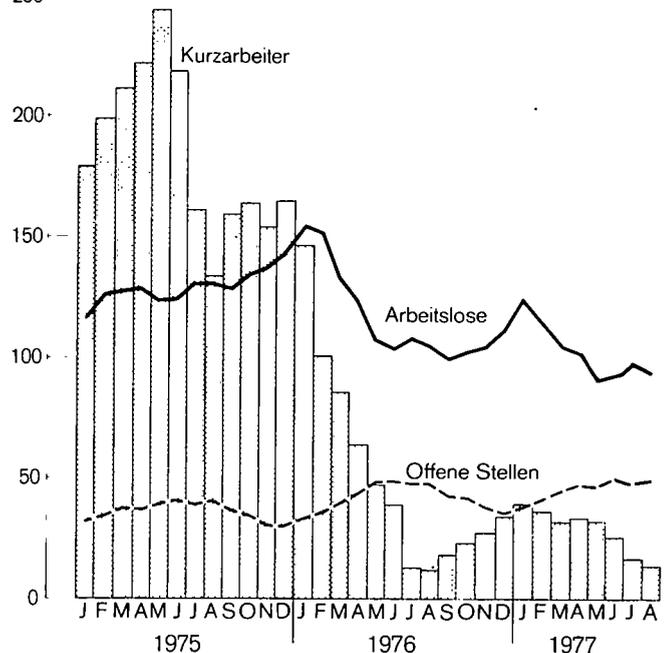
Ersatz von ausländischen durch deutsche Arbeitnehmer

An dieser Stelle ist besonders hervorzuheben, daß sich zwar in der zweiten Abschwungsphase die Gesamtzahl der Arbeitsplätze verringert hat, bei den von Frauen zu besetzenden Erwerbsstellen aber bereits eine leichte Zunahme (+ 1153) beobachtet werden konnte. Der Stellenabbau vollzog sich also

Schaubild 1

Die Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg

Tausend Personen
250



Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg

276/77

Tabelle 3

Versicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschafts(unter)abteilungen

Wirtschaftsabteilungen Wirtschafts(unter)abteilungen		Versicherungspflichtig Beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschafts(unter)abteilungen									
		1974			1975						
		30. 6.	30. 9.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	Ver- ände- rung gegen 30. 6. 74 in %	30. 9.	Ver- ände- rung gegen 30. 9. 74 in %	31. 12.	Ver- ände- rung gegen 31. 12. 74 in %
I/A	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	25 709	25 988	23 817	23 206	25 457	- 1,0	26 189	+ 0,8	24 527	+ 3,0
II/B	Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	29 991	30 303	30 354	30 274	30 174	+ 0,6	30 340	+ 0,1	29 965	- 1,3
04	darunter Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung	28 623	28 923	28 977	28 883	28 797	+ 0,6	28 958	+ 0,1	28 792	- 0,6
III/C	Verarbeitendes Gewerbe	1 800 803	1 798 626	1 754 520	1 716 049	1 688 503	- 6,2	1 681 875	- 6,5	1 631 796	- 7,0
	darunter										
09	Chemische Industrie	57 970	58 375	57 657	56 969	56 508	- 2,5	56 153	- 3,8	52 873	- 8,3
12	Kunststoffverarbeitung	52 411	51 943	50 243	48 656	47 722	- 8,9	47 492	- 8,6	47 042	- 6,4
14	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	41 386	40 487	36 899	36 800	36 843	- 11,0	36 318	- 10,3	33 712	- 8,6
21	Stahlverformung, Oberflächenveredlung	35 833	36 055	34 931	33 943	33 230	- 7,3	33 139	- 8,1	32 695	- 6,4
26	Maschinenbau	223 663	225 147	220 972	215 830	210 615	- 5,8	208 635	- 7,3	201 930	- 8,6
27	Herstellung von Zahnrädern, Getrieben, Wälzlagern u. sonstigen Antriebsleim.	54 384	54 620	53 259	52 302	51 522	- 5,3	51 328	- 6,0	51 079	- 4,1
28	Herstellung von Kraftwagen, Kraftfahr- zeugteilen und Karosserien	166 127	165 837	164 391	163 723	163 175	- 1,8	162 504	- 2,0	160 005	- 2,7
30	Reparatur von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern, Lackierung von Straßenfahrzeugen	39 617	40 985	39 718	38 217	37 673	- 4,9	39 260	- 4,2	38 635	- 2,7
33	Herstellung und Reparatur von Datenver- arbeitungsanlagen und Büromaschinen	23 270	22 249	21 828	21 517	21 186	- 9,0	21 670	- 2,6	21 123	- 3,2
34	Elektrotechnik (ohne Herstellung und Reparatur von Datenverarbeitungsanl.)	272 676	271 840	264 750	256 482	250 103	- 8,3	246 618	- 9,3	238 344	- 10,0
35	Feinmechanik und Optik	52 796	53 144	52 187	51 203	50 919	- 3,6	51 327	- 3,4	50 799	- 2,7
37	Herstellung von EBM-Waren	87 750	86 378	83 400	80 413	78 994	- 10,0	78 820	- 10,2	76 810	- 7,9
41	Herstellung und Reparatur von Möbeln aus Holz, Holzkonstruktionen usw.	58 563	58 137	56 538	55 374	54 648	- 6,7	55 249	- 5,0	53 690	- 5,0
43	Papierherstellung und -verarbeitung	43 465	43 328	42 079	41 300	40 727	- 6,3	40 763	- 5,9	38 740	- 7,9
44	Druckerei und Vervielfältigung	46 088	45 935	45 061	44 181	43 418	- 5,8	43 060	- 6,3	42 494	- 5,7
52	Bekleidungsindustrie, Nähereien	51 134	51 288	50 306	49 607	48 456	- 5,2	47 844	- 6,7	46 327	- 7,9
54	Herstellung von Nahrungsmitteln verschiedener Art und von Backwaren (ohne Dauerb.)	47 687	48 408	47 353	46 593	46 479	- 2,5	47 707	- 1,4	46 458	- 1,9
IV/D	Baugewerbe	287 042	287 015	269 239	256 620	257 439	- 10,3	261 777	- 8,8	249 766	- 7,2
	darunter										
59	Bauhauptgewerbe (ohne Zimmerei und Dachdeck.)	202 305	199 753	186 638	176 574	177 632	- 12,2	178 910	- 10,4	170 997	- 8,4
61	Ausbau- und Bauhilfgewerbe	70 835	73 015	68 864	66 847	66 543	- 6,1	69 002	- 5,5	65 406	- 5,0
V/E	Handel	390 892	395 597	390 355	383 238	378 211	- 3,2	382 297	- 3,4	384 171	- 1,6
(V/E)	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	120 100	121 367	118 894	117 254	116 146	- 3,3	114 854	- 5,4	111 519	- 6,2
VI/F	darunter										
63	Eisenbahn	26 973	27 506	27 277	26 627	25 944	- 3,8	25 337	- 7,9	24 483	- 10,2
64	Deutsche Bundespost	35 139	35 422	34 499	34 145	33 610	- 4,4	32 864	- 7,2	31 326	- 9,2
65	Straßenverkehr	28 482	28 556	27 885	27 537	27 660	- 2,5	27 969	- 2,1	26 984	- 3,2
VII/G	Kreditinstitute und Versicherungsgew.	111 726	114 310	113 563	112 462	111 501	0,2	112 014	- 2,0	111 936	- 1,4
VIII/H	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	407 146	416 409	413 886	414 496	415 847	+ 2,1	425 882	+ 2,3	425 644	+ 2,8
	darunter										
70	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie Verpflegungseinrichtungen	51 796	53 318	50 359	52 616	54 841	+ 5,9	57 260	+ 7,4	52 507	+ 4,3
74	Wissenschaftliche Hochschulen und sonstige Einrichtungen, allgemein- und berufsbildende Schulen	55 605	56 245	57 461	57 008	56 790	+ 2,1	57 552	+ 2,3	59 310	+ 3,2
78	Gesundheits- und Veterinärwesen	114 664	118 181	119 896	120 738	120 648	+ 5,2	123 758	+ 4,7	128 155	+ 6,9
IX/I	Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	37 996	38 879	39 403	39 547	39 730	+ 4,6	40 515	+ 4,2	41 574	+ 5,5
X/J	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	183 529	186 334	188 965	187 629	188 474	+ 2,7	188 242	+ 1,0	186 017	- 1,6
	darunter										
91	Allgemeine öffentliche Verwaltung	127 861	129 716	130 270	129 493	131 013	+ 2,5	130 678	+ 0,7	129 239	- 0,8
92	Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung	35 598	35 250	35 339	34 996	34 654	- 2,7	35 104	- 0,4	35 567	+ 0,6
	Wirtschaftsabteilungen insgesamt	3 394 934	3 414 828	3 342 996	3 280 775	3 251 482	- 4,2	3 263 985	- 4,4	3 196 915	- 4,4

voll zu Lasten der üblicherweise den Männern vorbehaltenen Arbeitsplätze (- 15 119). Allerdings war sowohl die Freisetzung als auch die Neubesetzung von Stellen von einem Umschichtungsprozeß begleitet. Der Rückgang der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer (- 31 726) war nämlich weitaus stärker als allein unter dem Aspekt der Reduktion der Arbeitsplätze (- 13 966) betrachtet zu erreichen gewesen wäre.

Deutlicher tritt der Umschichtungsprozeß hervor, wenn geschlechtsspezifische Aspekte in die Analyse miteinbezogen werden. So haben zwar in der Zeit vom September 1975 bis September 1976 11 097 Ausländerinnen ihren Arbeitsplatz verloren, aber im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der

deutschen Arbeitnehmerinnen um 12 250. Bei den Männern kann eine ähnliche Umschichtung beobachtet werden: 20 629 Ausländer gaben ihren Arbeitsplatz im Beobachtungszeitraum auf und 5510 deutsche Arbeitnehmer wurden zusätzlich eingestellt. Die gesamte Umschichtung, also der Ersatz ausländischer durch deutsche Arbeitnehmer, erreichte somit eine Größenordnung von knapp 50 000 Personen bzw. 1,5% des Gesamtbestandes an versicherungspflichtigen Arbeitnehmern. Der Umschichtungsprozeß erfaßte die Landwirtschaft, Baugewerbe, Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Dienstleistungen und Organisationen ohne Erwerbscharakter. Außerdem waren die meisten Branchen des Verarbeitenden

1976							
31. 3.	Ver- ände- rung gegen 31.3.75 in %	30. 6.	Ver- ände- rung gegen 30.6.75 in %	30. 9.	Ver- ände- rung gegen 30.9.75 in %	31.12.	Ver- ände- rung gegen 31.12.75 in %
25 449	+ 9,7	25 296	- 0,6	26 823	+ 2,4	23 466	- 4,3
29 808	- 1,5	30 036	- 0,5	30 217	- 0,4	30 306	+ 1,1
28 634	- 0,9	28 494	- 1,1	28 728	- 0,8	28 800	± 0,0
1 635 552	- 4,7	1 624 450	- 3,8	1 656 546	- 1,5	1 648 812	+ 1,0
55 666	- 2,3	55 488	- 1,8	56 240	+ 0,2	56 620	+ 7,1
49 142	+ 1,0	49 135	+ 3,0	50 320	+ 6,0	50 540	+ 7,4
34 623	- 5,9	35 030	- 4,9	35 608	- 2,0	33 641	- 0,2
32 894	- 3,1	32 559	- 2,0	34 004	+ 2,6	34 081	+ 4,2
198 381	- 8,1	194 688	- 7,6	197 909	- 5,1	196 045	- 2,9
50 714	- 3,0	50 797	- 1,4	51 934	+ 1,2	52 269	+ 2,3
161 157	- 1,6	162 330	- 0,5	164 001	+ 0,9	164 077	+ 2,5
38 168	- 0,1	37 606	- 0,2	40 085	+ 2,1	39 596	+ 2,5
20 945	- 2,7	20 810	- 1,8	20 550	- 5,2	20 760	- 1,7
238 930	- 6,8	238 987	- 4,4	242 570	- 1,6	243 021	+ 2,0
51 105	- 0,2	50 182	- 1,4	51 840	+ 1,0	51 596	+ 1,6
78 215	- 2,7	78 467	- 0,7	80 341	+ 1,9	79 704	+ 3,8
53 480	- 3,4	53 245	- 2,6	54 439	- 1,5	54 604	+ 1,7
39 413	- 4,6	39 241	- 3,6	40 645	- 0,3	40 394	+ 4,3
42 410	- 4,0	41 883	- 3,5	42 923	- 0,3	43 024	+ 1,2
45 871	- 7,5	44 565	- 8,0	45 542	- 4,8	44 725	- 3,5
46 102	- 1,1	46 059	- 0,9	47 225	- 1,0	47 064	+ 1,3
248 090	- 3,3	250 767	- 2,6	254 665	- 2,7	247 416	- 0,9
169 738	- 3,9	171 687	- 3,3	172 183	- 3,8	167 539	- 2,0
65 094	- 2,6	65 542	- 1,5	68 397	- 0,9	66 105	+ 1,1
382 801	- 0,7	382 433	+ 1,1	387 410	+ 1,3	383 785	- 0,1
111 384	- 5,0	111 676	- 3,8	112 568	- 2,0	109 739	- 1,6
23 806	- 10,6	23 189	- 10,6	22 916	- 9,6	22 350	- 8,7
30 879	- 9,6	30 689	- 8,7	30 972	- 5,8	29 258	- 6,6
27 365	- 0,6	27 856	+ 3,0	28 064	+ 0,3	27 284	+ 1,1
111 054	- 1,3	110 397	- 1,0	109 656	- 2,1	108 055	- 3,5
428 610	+ 3,4	434 827	+ 4,6	443 297	+ 4,1	431 633	+ 1,4
53 714	+ 2,1	56 296	+ 2,7	58 085	+ 1,4	52 994	+ 0,9
59 328	+ 4,1	59 780	+ 5,3	60 944	+ 5,9	59 220	- 0,2
129 407	+ 7,2	130 738	+ 8,4	133 137	+ 7,6	131 807	+ 2,8
41 682	+ 5,4	41 963	+ 5,6	42 572	+ 5,1	42 182	+ 1,5
186 623	- 0,5	187 603	- 0,5	186 265	- 1,1	184 938	- 0,6
130 022	+ 0,4	131 545	+ 0,4	130 508	- 0,1	129 352	+ 0,1
35 594	+ 1,7	35 235	+ 1,7	35 007	- 0,3	35 063	- 1,4
3 201 053	- 2,4	3 199 448	- 1,6	3 250 019	- 0,4	3 210 332	+ 0,4

Gewerbes und hier insbesondere die Chemische Industrie, die Stahlverformung und Oberflächenveredelung, die Herstellung von Zahnrädern und Getrieben, die Reparatur von Kraftfahrzeugen sowie die Papiererzeugung und -verarbeitung beteiligt.

Während in der ersten Abschwungsphase sowohl Arbeiter als auch Angestellte Arbeitsplätze einbüßten, ist die zweite Phase durch eine gegenläufige Bewegung gekennzeichnet. Zwar hatten, jeweils gemessen am entsprechenden Vorjahresquartal, an allen vier Stichtagen bis zum 30. September 1976 Arbeiter Arbeitsplätze eingebüßt. Bei den Angestellten sind demgegenüber seit März 1976 Zugänge festzustellen, die bei

Frauen stärker ausgeprägt waren als bei den Männern. Die Ursache dafür liegt in der unterschiedlichen Verteilung der Arbeiter und Angestellten auf die einzelnen Sektoren. Während im Produzierenden Gewerbe mit relativ hoher Arbeiter- und Ausländerbeschäftigung insgesamt gesehen noch ein Personalabbau hinzunehmen war, hatte der Dienstleistungssektor mit relativ hohem Angestellten- und Frauenanteil insgesamt gesehen leichte Personalzugänge zu verzeichnen.

Obleich die Spitze der Arbeitslosigkeit mit 155 756 Arbeitslosen im Januar 1976 bereits überschritten war und auch gegenüber September 1975 ein Rückgang um 28 887 Erwerbslose festgestellt werden konnte, verblieben im September 1976 immer noch 100 291 Personen, darunter 15 045 Ausländer, ohne Beschäftigung. Trotz der Tatsache, daß aufgrund des Ersatzes ausländischer durch deutsche Arbeitskräfte die Zahl der beschäftigten Ausländer um 31 726 zurückging, verringerte sich parallel dazu auch die Zahl der Arbeitslosen Ausländer um 15 517. Dies war offenbar nur möglich, weil – wie bereits in der ersten Abschwungsphase – erneut 53 947 ausländische Erwerbspersonen das Land verließen.

Eine echte Entspannung zeichnete sich nur im Bereich der Kurzarbeit ab. Die Zahl der Kurzarbeiter verringerte sich um 142 044 und erreichte mit 18 139 wieder einen, gemessen am bisherigen Verlauf der Rezession, relativ niedrigen Stand. Bei den offenen Stellen war eine leichte Zunahme gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat festzustellen, wobei allerdings das Niveau des Stellenangebots (September 1976: 43 475) immer noch weit unter den Ergebnissen der Jahre vor der Rezession lag.

Stagnation seit Herbst 1976

Die Beschäftigungsentwicklung seit September 1976, die als dritte Phase der Rezession bezeichnet werden kann, war vor allem dadurch geprägt, daß sich der Rückgang der Beschäftigten in der Industrie⁵, gemessen an den Ergebnissen der entsprechenden Vorjahresmonate, gegenüber der zweiten Abschwungsphase zur Jahresmitte 1977 hin weiter verringerte (-0,5%). Positiv entwickelte sich dabei der Kernbereich des Verarbeitenden Gewerbes, die Investitionsgüterindustrien (+1,8%). Während die meisten Branchen der Investitionsgüterindustrien, insbesondere der Straßenfahrzeugbau, die EBM-

⁵ Da aktuelle Ergebnisse nur für die Bereiche Industrie und Bauwirtschaft vorliegen, stützt sich die weitere Analyse auf die Ergebnisse der monatlichen Industrie- und Bauberichterstattung.

Schaubild 2

Entwicklung der deutschen und ausländischen versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer

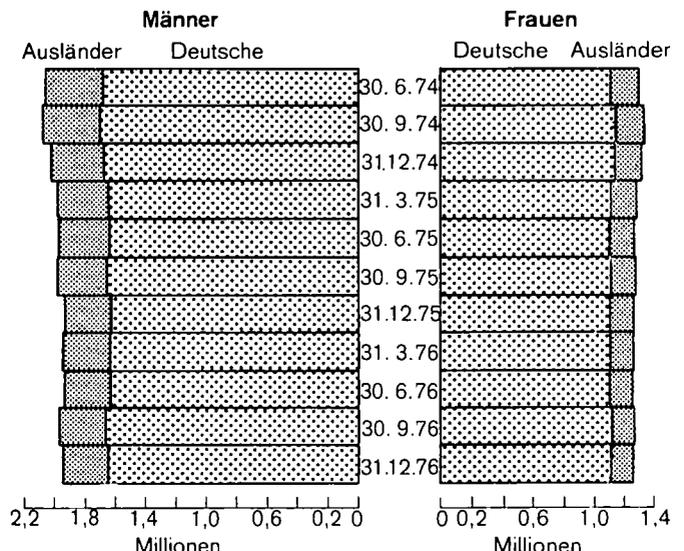
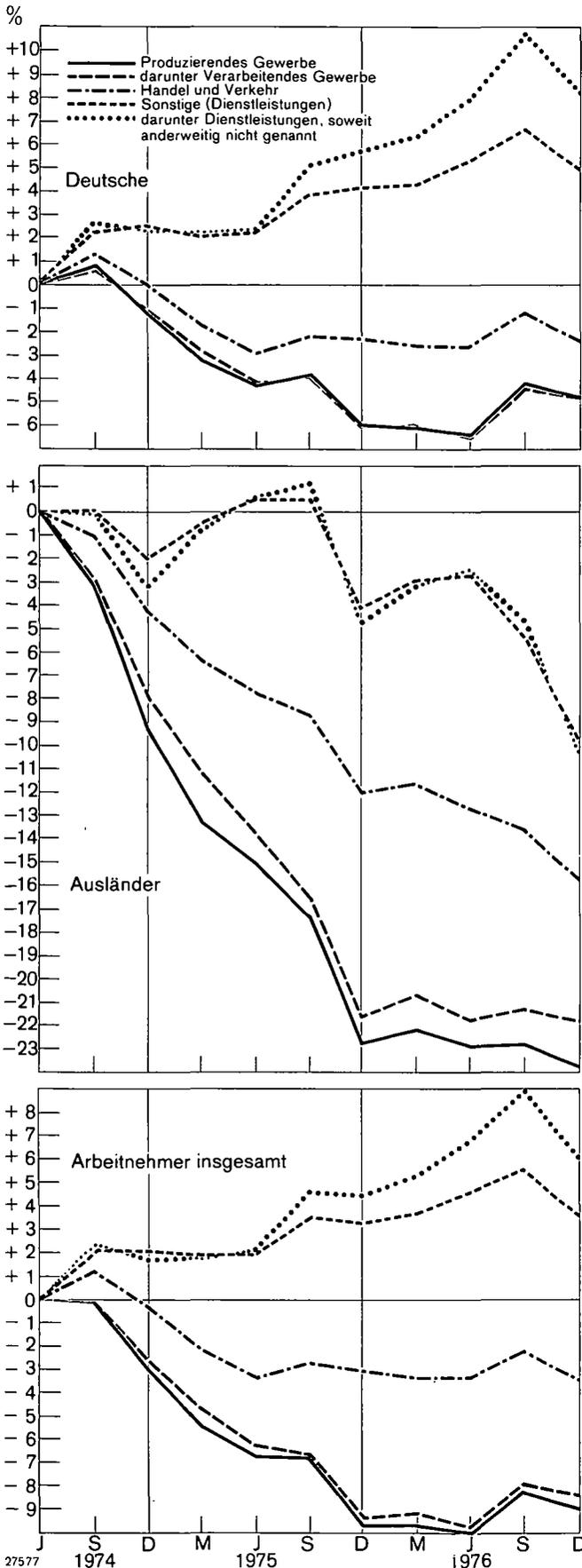


Schaubild 3

**Index der Entwicklung versicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer in ausgewählten Wirtschaftsbereichen
Juni 1974 = 100**



**Tabelle 4
Beschäftigte in der Industrie
nach ausgewählten Industriebereichen¹⁾**

Monat/Jahr	Insgesamt	Darunter			
		Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitions-güter-industrien	Verbrauchs-güter-industrien	Nahrungs- und Genußmittel-industrien
in 1000					
Januar 1976	1 368,8	169,0	811,7	328,0	51,8
Januar 1977	1 372,8	163,9	832,4	326,7	49,0
Februar 1976	1 371,4	169,0	813,3	329,0	51,8
Februar 1977	1 369,5	163,6	830,2	326,3	48,6
März 1976	1 373,6	169,7	814,7	329,4	51,6
März 1977	1 368,4	163,7	829,9	325,7	48,3
April 1976	1 371,5	170,0	813,3	328,8	51,2
April 1977	1 364,7	163,7	828,0	324,5	47,5
Mai 1976	1 374,4	169,8	815,7	329,1	51,6
Mai 1977	1 366,0	163,8	830,2	323,7	47,5
Juni 1976	1 376,5	170,4	817,4	328,6	51,9
Juni 1977	1 370,1	164,4	832,4	324,3	48,1
Juli 1976	1 378,8	170,7	819,5	327,8	52,4
Juli 1977	1 371,1	164,7	833,5	323,2	48,8
August 1976	1 390,0	171,9	827,4	330,1	52,1
August 1977	1 384,1	165,5	842,3	326,3	49,1
September 1976	1 392,6	171,8	829,0	331,0	52,4
Oktober 1976	1 391,1	171,4	823,3	330,9	52,0
November 1976	1 392,1	171,4	829,7	330,4	51,9
Dezember 1976	1 386,6	170,6	826,9	329,2	51,3

¹⁾ Ab Januar 1977 in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten; für das Jahr 1976 wurden die Daten des alten Berichtskreises auf die Daten des neuen Berichtskreises rückgerechnet. Die Beschäftigten in sonstigen Betriebsteilen (Handel und so weiter von Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe) sind in den Zahlen für 1977 nicht enthalten.

Waren und die Elektrotechnische Industrie ihren Beschäftigtenstand erhöhten, haben die Feinmechanische-, Optische- und Uhrenindustrie sowie der Maschinenbau noch geringfügig Personal abgebaut. Sehr stark war der Beschäftigtenrückgang in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (-7,3%) und hier besonders in der Tabakwarenindustrie, aber auch in der Ernährungsindustrie. Die Entwicklung bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien war zwar insgesamt immer noch negativ (-3,5%), jedoch hat hier die Chemische Industrie bereits Tritt gefaßt, während die Industrie der Steine und Erden und die Gummi- und Asbestverarbeitung noch ihren Beschäftigtenstand vermindern mußten.

Bei den Verbrauchsgüterindustrien scheint sich inzwischen ein Tendenzumschwung abzuzeichnen. Hier wurde der Personalstand des Vorjahres nur knapp verfehlt (-1,3%). Die Entwicklung der einzelnen Industriegruppen dieses Bereichs gibt zu Hoffnung Anlaß. Während die Kunststoff- und Holzverarbeitende Industrie sowie die Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie bereits einen Beschäftigtenzugang verzeichnen konnten, war der Rückgang bei der Papier- und Pappeverarbeitenden Industrie sowie der Bekleidungs- und Textilindustrie nur noch relativ gering.

Im Bauhauptgewerbe ist zwar der Rückstand gegenüber dem Vorjahr immer noch beträchtlich, jedoch ist seit Januar 1977 ein Zugang an Beschäftigten zu registrieren, der etwas über demjenigen des Vorjahres liegt. Im Öffentlichen Dienst, dessen Einstellungspolitik im vergangenen Jahr durch konsequente Sparbemühungen gekennzeichnet war, dürften sich seit Mitte dieses Jahres Auflockerungstendenzen durchsetzen, die mit zu einer partiellen Arbeitsmarktentlastung führen können.

Im Regierungsbezirk Stuttgart Zunahme der Industriebeschäftigten

Im Zeitraum Januar bis Juli 1977 konnte lediglich der Regierungsbezirk Stuttgart, in dem 4,2% aller Industriebeschäftigten ihre Arbeitsplätze haben, eine leichte Zunahme des Beschäftigtenstandes (0,5%) erreichen. Im Regierungsbezirk

Karlsruhe konnte der Stand seit Beginn des Jahres gehalten werden, während die Regierungsbezirke Freiburg und Tübingen leichte Einbußen hinnehmen mußten.

In den einzelnen Regionen und Kreisen ergibt sich ebenfalls ein differenziertes Bild. So hatte im Regierungsbezirk Stuttgart die Region Franken die kräftigste Zunahme an Industriebeschäftigten (1,9%). Sie war vor allem getragen durch die Entwicklung im Land- und Stadtkreis Heilbronn. Die Entwicklung in der Region Mittlerer Neckar, die von allen Regionen die meisten industriellen Arbeitsplätze anbietet, verlief demgegenüber nur deshalb positiv, weil im Kreis Böblingen ein kräftiges Industriegewachstum (5,9%) zu beobachten war. Außerdem erreichte der Kreis Ludwigsburg einen leichten Beschäftigtenanstieg, während die anderen Kreise der Region noch Arbeitsplätze verloren.

Im Bereich des Regierungsbezirks Karlsruhe, der über 24% der Erwerbsstellen in der Industrie verfügt, erreichte nur die Region Unterer Neckar und hier der Neckar-Odenwald- und der Rhein-Neckar-Kreis einen Zuwachs an Arbeitsplätzen. In der Region Mittlerer Oberrhein hatten demgegenüber alle Kreise mit Ausnahme des relativ unbedeutenden Industriestandortes Baden-Baden Einbußen hinzunehmen, so daß die Region insgesamt Arbeitsplätze verlor. Demgegenüber ergibt sich in der Region Nordschwarzwald ein ausgeglichenes Bild. Die Verluste an Arbeitsplätzen in den Kreisen Pforzheim und Freudenstadt konnten durch entsprechende Zugewinne im Enzkreis und im Kreis Calw wieder ausgeglichen werden. Eine Sonderentwicklung ist im Regierungsbezirk Freiburg eingetreten. Er ist der einzige, in dem alle Regionen ihre Industriearbeitsplätze reduzierten. Ebenso dominierten in allen Kreisen der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg und Hochrhein-Bodensee die negativen Tendenzen. Lediglich in zwei Kreisen, nämlich im Ortenaukreis und im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald, beide in der Region Südlicher Oberrhein gelegen, konnte eine geringfügige Zunahme der Arbeitsplätze in der Industrie beobachtet werden.

Zwar verlief die Entwicklung im Regierungsbezirk Tübingen insgesamt etwas günstiger als in Karlsruhe, so daß der Bestand an Industriebeschäftigten knapp gehalten werden konnte. Jedoch war die Beschäftigtenentwicklung in der Region Neckar-Alb, die die meisten industriellen Erwerbsstellen des Regierungsbezirkes anbietet, noch von einer Abnahme (-1,7%) geprägt, die in allen Kreisen dieser Region anzutreffen ist. In den Regionen Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben konnten demgegenüber zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Dabei verlief die Entwicklung im Bodenseekreis (+2,0%) besonders günstig.

Ersatz beschränkt einsatzfähiger durch unbeschränkt einsatzfähige Arbeitskräfte

Da bisher die Nachfrage nach Arbeitskräften ohne entscheidende Impulse blieb, bewegen sich die Veränderungen des Bestandes an Arbeitslosen innerhalb der saisonüblichen Schwingungsbreite, allerdings bei einer Sockelarbeitslosigkeit von über 90 000 Personen. Insbesondere konnte die Zahl der arbeitslosen Ausländer nicht mehr entscheidend abgebaut werden, da der Abwanderungsüberschuß ausländischer Erwerbspersonen sehr stark zurückging. Im ersten Quartal 1977 war sogar, wenn auch nur vorübergehend, per Saldo eine Zuwanderung zu beobachten.

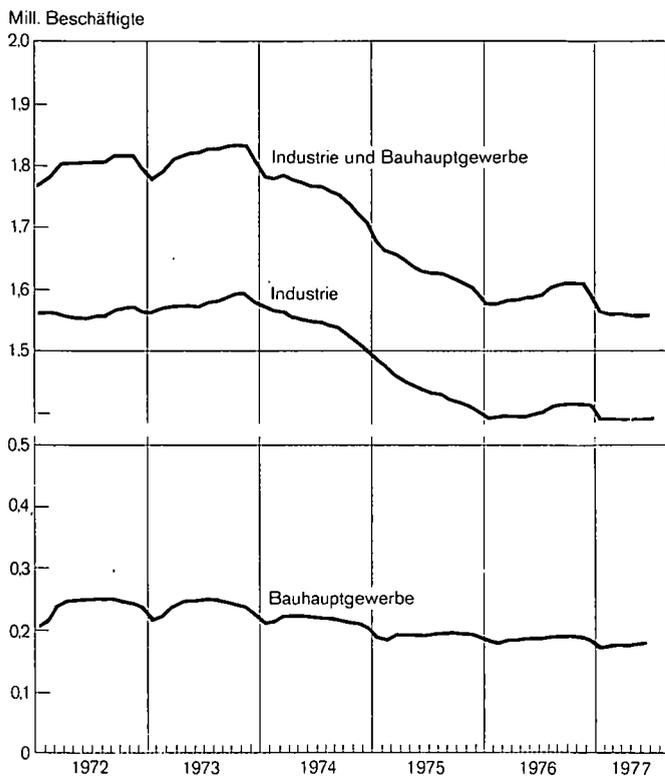
Obleich sich, wie bereits festgestellt, der Gesamtbestand der Beschäftigten lediglich im saisonüblichen Rahmen veränderte, findet doch eine erhebliche Fluktuation statt, die ihren Niederschlag in einer regen Vermittlungstätigkeit der Arbeitsverwaltung findet. Die Betriebe decken nun ihren Ersatzbedarf an Arbeitskräften aus diesem Fluktuationsangebot heraus, was zu Umschichtungs- und Ausleseprozessen im Bestand der Arbeitslosen führt. Als Folge dieser Entwicklung kommen zur

Tabelle 5
Beschäftigte der Industrie in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Beschäftigte ohne Heimarbeiter		
	Januar 1977	Juli 1977	Veränderung in %
Stadtkreis			
Stuttgart	126 222	125 367	- 0,7
Landkreise			
Böblingen	62 623	66 326	+ 5,9
Esslingen	83 245	82 830	- 0,5
Göppingen	42 515	41 973	- 1,3
Ludwigsburg	59 566	60 516	+ 1,6
Rems-Murr-Kreis	50 784	50 284	- 1,0
Region Mittlerer Neckar	424 955	427 296	+ 0,6
Stadtkreis			
Heilbronn	19 984	20 619	+ 3,2
Landkreise			
Heilbronn	26 707	27 719	+ 3,8
Hohenlohekreis	12 961	12 867	- 0,7
Schwäbisch Hall	14 562	14 642	+ 0,5
Main-Tauber-Kreis	12 359	12 364	± 0,0
Region Franken	86 573	88 211	+ 1,9
Landkreise			
Heidenheim	26 456	25 697	- 2,9
Ostalbkreis	45 102	44 965	- 0,3
Region Ostwürttemberg	71 558	70 662	- 1,3
Regierungsbezirk Stuttgart	583 086	586 169	+ 0,5
Stadtkreise			
Baden-Baden	2 935	3 248	+10,7
Karlsruhe	38 684	37 732	- 2,5
Landkreise			
Karlsruhe	43 856	42 267	- 3,6
Rastatt	30 093	30 579	+ 1,6
Region Mittlerer Oberrhein	115 568	113 826	- 1,5
Stadtkreise			
Heidelberg	14 714	14 596	- 0,8
Mannheim	72 198	72 129	- 0,1
Landkreise			
Neckar-Odenwald-Kreis	14 331	14 411	+ 0,6
Rhein-Neckar-Kreis	50 812	52 771	+ 3,9
Region Unterer Neckar	152 055	153 907	+ 1,2
Stadtkreis			
Pforzheim	24 670	24 403	- 1,1
Landkreise			
Calw	11 411	11 781	+ 3,2
Enzkreis	22 418	22 441	+ 0,1
Freudenstadt	10 944	10 866	- 0,7
Region Nordschwarzwald	69 443	69 491	+ 0,1
Regierungsbezirk Karlsruhe	337 066	337 224	± 0,0
Stadtkreis			
Freiburg im Breisgau	15 464	14 699	- 4,9
Landkreise			
Breisgau-Hochschwarzwald	11 479	11 528	+ 0,4
Emmendingen	13 977	13 922	- 0,4
Ortenaukreis	46 297	46 742	+ 1,0
Region Südlicher Oberrhein	87 217	86 891	- 0,4
Landkreise			
Rottweil	21 874	21 679	- 0,9
Schwarzwald-Baar-Kreis	40 955	40 456	- 1,2
Tuttlingen	19 794	19 693	- 0,5
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	82 623	81 828	- 1,0
Landkreise			
Konstanz	28 489	28 447	- 0,1
Lörrach	25 321	25 146	- 0,7
Waldshut	18 061	17 972	- 0,5
Region Hochrhein-Bodensee	71 871	71 565	- 0,4
Regierungsbezirk Freiburg	241 711	240 284	- 0,6
Landkreise			
Reutlingen	40 072	39 543	- 1,3
Tübingen	16 816	16 475	- 2,0
Zollernalbkreis	39 026	38 240	- 2,0
Region Neckar-Alb	95 914	94 258	- 1,7
Stadtkreis			
Ulm	32 688	32 401	- 0,9
Landkreise			
Alb-Donau-Kreis	14 265	14 624	+ 2,5
Biberach	19 234	19 445	+ 1,1
Region Donau-Iller¹⁾	66 187	66 470	+ 0,4
Landkreise			
Bodenseekreis	22 996	23 454	+ 2,0
Ravensburg	25 031	25 203	+ 0,7
Sigmaringen	14 053	14 078	+ 0,2
Region Bodensee-Oberschwaben	62 080	62 735	+ 1,1
Regierungsbezirk Tübingen	224 181	223 463	- 0,3
Baden-Württemberg	1 386 044	1 387 140	+ 0,1

¹⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

Beschäftigte in der Industrie und im Bauhauptgewerbe¹⁾



1) Seit 1. 1. 1977 neuer Berichtskreis

27377

rein quantitativen Diskrepanz zwischen Angebot an und Nachfrage nach Arbeitskräften zunehmend auch qualitative Diskrepanzen. Sie beziehen sich auf einzelne Strukturmerkmale der gesamtwirtschaftlichen Kräfte nachfrage und des Angebots.

Allerdings liegt ihr Schwerpunkt, wie vielleicht zunächst vermutet werden könnte, nicht nur in regionaler und berufsfachlicher Hinsicht. Vielmehr sind, verglichen mit der Zeit eines hohen Beschäftigungsstandes, die Anforderungen von Firmen und Verwaltungen an die schulische und berufliche Qualifikation von Arbeitnehmern ganz allgemein gestiegen. Der Personenkreis der Arbeitslosen setzt sich aber demgegenüber aufgrund der ständigen Fluktuationsauslese zunehmend aus Kräften zusammen, die diesen erhöhten Anforderungen aus unterschiedlichen Gründen nicht gewachsen sind⁶.

Während sich die Mehrzahl der Stellenangebote auf Fachkräfte bezieht, haben über die Hälfte der Arbeitslosen (59,8%) keine abgeschlossene Berufsausbildung⁷. So erhöhte sich der Anteil der Dauerarbeitslosen seit Beginn der Rezession ständig. Ende Mai 1977 waren 16,3% aller Arbeitslosen bereits länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. 27,9% der Arbeitslosen waren über 45jährige ältere Arbeitnehmer. Relativ gestiegen ist auch die Zahl derjenigen, die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen im Erwerbsprozeß nicht voll verwendungsfähig sind. Jeder vierte Arbeitslose (26%) hatte im Frühjahr 1977 gesundheitliche Probleme.

Außer dieser Gruppe von Arbeitslosen gibt es eine weitere Personengruppe, die von sich aus an die Arbeitsbedingungen bzw. den Arbeitsplatz bestimmte Anforderungen stellen. Neben dem Fall, daß eine angebotene Arbeit häufig als un-

zumutbar abgelehnt wird, wirken sich besonders der Wunsch nach einem Arbeitsplatz in der Nähe des Wohnsitzes bzw. nach der Vermittlung eines Teilzeitarbeitsplatzes eingliederungshemmend aus. So sind nur 16,1% aller Arbeitslosen ausgleichsfähig, daß heißt bereit und in der Lage, entweder umzuziehen oder nur am Wochenende heimzufahren. Während das Problem der Ausgleichsfähigkeit bei Männern und Frauen gegeben ist, wird der Wunsch nach einem Teilzeitarbeitsplatz fast ausschließlich von Frauen geäußert. Ende Mai 1977 suchte über ein Drittel (34,1%) der Frauen Teilzeitarbeit.

Ohne konjunkturelle Belebung keine Entlastung des Arbeitsmarktes

Nachdem das Angebot an Arbeitskräften der Nachfrage bezüglich vieler Strukturmerkmale nur bedingt entspricht, kann mit einer zügigen Besetzung der derzeit offenen Stellen (August 1977: 50 173) und damit einem spürbaren Sinken

**Tabelle 6
Ausgewählte Arbeitsmarktindikatoren**

Jahr/Monat	Arbeitslose	Kurz- arbeiter	Offene Stellen	Quote der Offe- nen Stel- len ¹⁾	Ar- beits- losen- quote ²⁾	Ar- beits- markt- an- spannung ³⁾
	Anzahl			%		
1974						
Januar	42 368	28 013	52 800	1,4	1,2	0,2
Februar	44 738	41 315	55 112	1,5	1,2	0,3
März	44 098	39 261	56 993	1,5	1,2	0,3
April	42 772	32 540	60 639	1,6	1,2	0,4
Mai	37 763	32 995	63 624	1,7	1,0	0,7
Juni	37 300	22 245	62 940	1,7	1,0	0,7
Juli	44 162	28 948	57 877	1,6	1,2	0,4
August	49 001	17 780	54 984	1,5	1,4	0,1
September	55 402	55 156	46 266	1,2	1,5	-0,3
Oktober	71 082	77 248	38 172	1,0	2,0	-1,0
November	85 708	111 170	33 114	0,9	2,4	-1,5
Dezember	96 612	148 690	30 348	0,8	2,7	-1,9
Jahresdurchschnitt	51 662	52 947	51 919	1,4	1,4	±0,0
1975						
Januar	117 031	179 770	33 527	0,9	3,2	-2,3
Februar	127 198	199 136	35 754	1,0	3,5	-2,5
März	128 264	212 053	38 131	1,0	3,5	-2,5
April	124 713	222 327	38 144	1,0	3,6	-2,6
Mai	124 910	244 516	40 673	1,1	3,4	-2,3
Juni	124 372	219 075	41 163	1,1	3,4	-2,3
Juli	131 177	161 185	40 478	1,1	3,6	-2,5
August	131 455	134 932	41 641	1,1	3,6	-2,5
September	129 178	160 183	37 990	1,0	3,6	-2,6
Oktober	135 070	164 229	35 020	1,0	3,7	-2,7
November	138 658	154 959	31 434	0,9	3,8	-2,9
Dezember	143 886	165 105	30 649	0,8	4,0	-3,2
Jahresdurchschnitt	128 106	184 789	37 038	1,0	3,5	-2,5
1976						
Januar	155 756	147 750	33 999	1,0	4,4	-3,4
Februar	152 398	101 149	36 813	1,1	4,3	-3,2
März	133 526	86 779	40 489	1,2	3,8	-2,6
April	124 972	64 040	44 140	1,3	3,5	-2,2
Mai	108 386	47 268	49 482	1,4	3,0	-1,6
Juni	104 223	39 510	49 924	1,4	2,9	-1,5
Juli	108 673	13 071	48 823	1,4	3,1	-1,7
August	105 843	12 735	48 007	1,4	3,0	-1,6
September	100 291	18 139	43 475	1,3	2,8	-1,5
Oktober	103 595	23 526	42 408	1,2	2,9	-1,7
November	105 472	27 904	38 878	1,1	3,0	-1,9
Dezember	112 735	34 380	36 968	1,1	3,2	-2,1
Jahresdurchschnitt	119 287	51 354	42 521	1,2	3,4	-2,2
1977						
Januar	125 668	39 768	38 549	1,1	3,5	-2,4
Februar	114 712	36 846	41 432	1,2	3,2	-2,0
März	104 045	32 320	44 741	1,3	2,9	-1,6
April	100 615	33 327	46 571	1,3	2,8	-1,5
Mai	91 927	32 877	47 681	1,4	2,6	-1,2
Juni	93 509	26 802	50 859	1,5	2,7	-1,2
Juli	98 617	16 449	48 985	1,4	2,8	-1,4
August	95 492	14 886	50 173	1,5	2,7	-1,2
September	90 116	23 356	46 774	1,4	2,6	-1,2

⁶ Vgl. hierzu auch Strukturanalyse der Arbeitslosen und offenen Stellen - Ergebnisse der Sonderuntersuchung von Ende Mai 1977, herausgegeben vom Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

⁷ Zu diesem Problem vgl. auch: W. Eitel, Zur Berufsausbildungssituation der Entlassschüler, im selben Heft.

¹⁾ Offene Stellen in % der abhängigen Erwerbstätigen des Mikrozensus vom Vorjahr plus der offenen Stellen des Referenz-Monats. - ²⁾ Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen des Mikrozensus vom Vorjahr. - ³⁾ Quote der offenen Stellen minus Arbeitslosenquote.

Tabelle 7
Index des Auftragseingangs und der Produktion

Monat/Jahr	Index des Auftragseingangs				Produktionsindex
	Industrie insgesamt ¹⁾	Inland ¹⁾	Ausland ¹⁾	im Bauhauptgewerbe ²⁾	
Januar 1977	105,4	95,3	139,3	73,5	105,2
Januar 1976	105,2	97,6	131,2	73,0	99,0
Veränderung in %	+0,2	-2,4	+ 6,2	+ 0,7	+6,3
Februar 1977	110,4	102,8	135,6	80,3	112,0
Februar 1976	115,7	110,2	133,7	84,3	108,5
Veränderung in %	-4,6	-6,7	+ 1,4	- 4,7	+3,2
März 1977	137,4	126,3	175,5	135,8	114,9
März 1976	127,9	122,3	146,8	119,4	105,1
Veränderung in %	+7,4	+3,2	+19,6	+13,7	+9,3
April 1977	117,0	109,3	142,5	126,3	118,9
April 1976	121,0	115,8	138,2	98,0	113,9
Veränderung in %	-3,3	-5,6	+ 3,1	+28,9	+4,4
Mai 1977	116,0	109,7	137,1	123,9	116,8
Mai 1976	115,8	109,2	137,8	109,5	112,6
Veränderung in %	+0,2	+0,5	- 0,5	+13,2	+3,7
Juni 1977	114,8	106,4	143,2	149,4	118,6
Juni 1976	107,7	102,0	126,4	124,2	115,3
Veränderung in %	+6,6	+4,3	+13,3	+20,3	+2,9
Juli 1977	99,4	94,6	115,3	116,1	86,3
Juli 1976	103,0	94,6	132,0	92,8	89,9
Veränderung in %	-3,5	±0,0	-12,7	+25,1	-4,0
August 1977	113,5	105,7	141,0	132,5	101,6
August 1976	106,5	100,6	125,9	99,4	96,1
Veränderung in %	+6,6	+5,1	+12,0	+33,3	+5,7
September 1976	122,7	116,4	144,2	109,0	111,9

1) Volumenindex. - 2) Wertindex.

der Arbeitslosenzahl nur gerechnet werden, wenn kräftige Impulse die gesamtwirtschaftliche Kräftenachfrage spürbar beleben und damit auch zu einer Anpassung der Anforderungen an die Struktur des Angebots beitragen. Schließlich waren zu Zeiten der Hochkonjunktur auch diejenigen Arbeitslosen, die inzwischen als Problemgruppen bezeichnet werden, in den Arbeitsprozeß eingegliedert. Außerdem ist die Arbeitsmarktspannung, eine Kennziffer, die sowohl die Arbeitslosenquote als auch die Quote der offenen Stellen berücksichtigt, in den letzten Monaten gesunken und erreicht gegenwärtig - 1,2%, daß heißt, wenn alle offenen Stellen besetzt wären, würde die Arbeitslosenquote auf dieses Niveau zurückgehen.

Voraussetzung für solche Entwicklung ist allerdings, neben der besseren Anpassung der Arbeitslosen an die am Arbeitsmarkt gegebenen Bedingungen eine Stabilisierung der konjunkturellen Lage. Dabei fällt die Beurteilung von Stand und Entwicklung der wirtschaftlichen Eckwerte gegenwärtig sehr schwer. Grundvoraussetzung ist und bleibt aber eine positive

Entwicklung der Auftragseingänge, da nur sie zu einer Ausweitung von Produktion und Beschäftigung führen könnte. Die Entwicklung der Auftragseingänge bringt aber keine Impulse. Während der Index des Auftragseingangs noch in allen Monaten des ersten Quartals 1976 sehr deutlich über den - rezessionsbedingt - niedrigen Werten der Vergleichsmonate von 1975 lagen, hat sich dieser Trend 1977 nicht wiederholt. Im laufenden Jahr bewegen sich vielmehr die monatlichen Indexwerte des Auftragseingangs in der Industrie teilweise über bzw. unter den Vergleichswerten des Vorjahrs. Insgesamt hat sich bei stagnierender Nachfrage nach industriellen Produkten aus dem Inland und einer insgesamt schwach gestiegenen Auslandsnachfrage das Gesamtniveau gegenüber 1976 nicht mehr erhöht.

Im Bauhauptgewerbe liegen zwar die Auftragseingänge dieses Jahres über denjenigen von 1976, jedoch wurde dieses Ergebnis überwiegend durch Tiefbau-, insbesondere Straßenaufträge erzielt. Eine dauerhafte Besserung für die Bauwirtschaft ist aber nur zu erwarten, wenn der Hochbau und insbesondere auch der Wohnungsbau ebenfalls starke Zuwachsraten verzeichnen kann. Eine Tendenzwende in diesem wichtigen Schlüsselbereich zeichnet sich aber gegenwärtig nicht ab, da auch das Baugenehmigungsvolumen - gemessen am cbm umbauten Raums - im Durchschnitt der ersten sieben Monate dieses Jahres um rund 14% gegenüber dem Vorjahr gesunken ist. Davon ist nicht nur der Wohnungsbau, sondern ebenso der gewerbliche und industrielle Bau betroffen. Während die Auftragseingänge stagnierten, lag das Niveau der Produktion in der Industrie in allen Monaten des Jahres 1977 um vier und mehr Indexpunkte über den Vergleichsmonaten des Jahres 1976. Zur Erstellung der Güter wurden aber nicht mehr Arbeitskräfte benötigt. Die Entwicklung der Arbeiterstunden und der Kurzarbeiterzahlen weist vielmehr darauf hin, daß der höhere Produktionsausstoß durch Abbau der Kurzarbeit und Erhöhung der Produktivität erzielt werden konnte. Eine Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte war bisher nicht erforderlich. Im Juli und August ist sogar wieder, verglichen mit den entsprechenden Vorjahresmonaten, eine Zunahme der Zahl der Kurzarbeiter eingetreten. Diese Entwicklung könnte darauf hinweisen, daß, da die Auftragseingänge sich bisher schleppend entwickelten, die Produktion aber gestiegen und somit die Auftragsreserven gesunken sind, die Chancen für eine Belebung der Kräftenachfrage gering sind. Es bleibt abzuwarten, in welchem Ausmaß sich die geplanten Nachfrage- und Investitionsförderungsmaßnahmen des gegenwärtig diskutierten Maßnahmenbündels bei seiner Realisierung niederschlagen werden.

Techn. Betriebswirt Eberhard Frank